



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890.

P/XIII/285 - 15. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |   | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 - 2         | Ein Nein genügt nicht!<br>Zum Pariser Kommuniqué der Außenminister<br>Günter Markscheffel berichtet aus Paris                         | 65             |
| 3 - 4         | Nach dem Rücktritt des Kabinetts Drees<br>Neues katholisches Rumpfkabinet Romme wahrscheinlich<br>Von unserer Holland-Berichterstatte | 73             |
| 5 - 6         | Die Gehälter der Angestellten<br>Eine traurige Bilanz   | 54             |
| 7             | Ungesünte Verbrechen<br>Eine Aufgabe der deutschen Justiz   | 53             |

\* \* \*  
\* \* \*

Ein Nein genügt nicht!

Hinter Markschefel berichtet aus Paris

Als Bundesaußenminister Heinrich von Brentano am Sonntagabend die Außenminister-Sitzung verließ, konnte er seine Genugtuung nicht verbergen. Dulles, Selwyn Lloyd und de Couvier hatten den Text eines Kommuniqués gebilligt, der bereits in seinen Grundzügen am Freitag in Bonn von Adenauer gutgeheißen war. USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik haben nach diesem Kommuniqué gemeinsam und ohne Einschränkung die Moskauer Berlin-Vorschläge zurückgewiesen. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist keine große diplomatische Leistung, zumal jeder hier in Paris weiß, daß damit das Berlin-Problem nicht gelöst ist.

Es ist anzunehmen, daß die vier Außenminister das auch wissen. Denn sie sagen selbst in ihrem dürftigen Kommuniqué, daß die Beantwortung der sowjetischen Berlin-Note erst nach Konsultation der übrigen Nato-Partner erfolgen soll.

Und um diese Antwort geht es jetzt. Mit dem Nein sind die Gefahren für Berlin nicht abgewehrt, ist noch kein Beitrag für die Sicherheit der Stadt geleistet. Über das Nein hinaus muß man den Versuch machen, die Berlin-Frage in den Rahmen gesamtdeutscher und gesamtwesteuropäischer Lösungen zu stellen, etwa im Sinne des Rapacki-Planes, dessen Verwirklichung verheißungsvolle Ansätze für eine Entspannung in Europa böte.

Hier wird jetzt die Frage diskutiert, warum die drei Westmächte nicht gleich gesagt haben, wie sie sich nun wirklich die Lösung des Berlin-Problems vorstellen. Im Hintergrund steht der Wunsch, die übrigen Nato-Partner zu konsultieren, ehe man etwas Endgültiges sagt. Das Pariser Kommuniqué gibt sich zwar sehr viel Mühe, nach außen hin vollkommene Einigkeit vorzutäuschen, aber es besteht kein Zweifel, daß hier tiefgehende Differenzen verbergen sind. Die Berufung auf die Nato ist ein Ausweg für einige Tage; es ist durchaus möglich, daß andere Nato-Außenminister auf die Herausarbeitung einer eigenen Initiative drängen werden.

Die kleinen Nato-Partner machen besonders seit der Libanon-Intervention der USA den Vorwurf, sie seien nicht rechtzeitig unterrichtet worden. Da man voraussetzt, daß die weitere Berlin-Entwicklung auch diejenigen Nato-Partner engagieren könnte, die weder Signatarmächte des Potsdamer Abkommens sind, noch an späteren Berlin-Entscheidungen teilgenommen haben, sollen sie selbst "dabei" sein. Wie es heißt, hat besonders Dulles auf die Klärung dieser Frage Wert gelegt. Er befürchtet wohl nicht zu Unrecht, daß es bei einem Alleingang der USA, Großbritannien und Frankreich in der Berlin-Frage zu Spannungen und vielleicht sogar Konflikten innerhalb der Nato kommen könnte.

Bei diesen Erwägungen liegt jetzt das Schwergewicht der Beratungen und Entscheidungen der nächsten Tage. Die Rolle des offiziellen Bonn hierbei ist undurchsichtig. Gelegentlich wird behauptet - das hört man besonders von amerikanischer Seite - Bonn wolle es bei den Mein vom Sonntag abend belassen und alles weitere von der Reaktion Moskaus abhängig machen. Willy Brandt plädiert dafür, daß der Westen spätestens in der Antwortnote an Moskau eigene Vorstellungen und Initiativen entwickelt. Ob sich seine Auffassung durchsetzen kann ist ungewiß. Brandt hat hier in Paris keine Entscheidungen mit zu fällen; er kann nur anregen, beraten und das zum Ausdruck bringen, was er aufgrund seiner genauen Kenntnisse in der Berlin-Frage für richtig hält.

Die große Konferenz-Lawine, die in dieser Woche über Paris rollt, bringt es mit sich, daß natürlich die Probleme auch außerhalb der offiziellen Sitzungen in vielen Einzelgesprächen erörtert werden. Die "Nachrichten-Börse" ist daher auf Hochbetrieb eingestellt und die Spekulationen über alle Weltprobleme wechseln einander ab mit der Bewertung offizieller Konferenz-Kommuniqués. Es dürfte daher zu empfehlen sein, manches von dem, was in diesen Tagen, da über tausend Minister, Experten und Journalisten nach Paris gekommen sind, um "weltpolitisch" zu machen, auf die Fakten, d.h. die offiziellen Konferenz-ergebnisse zu reduzieren. Klarheit wird man erst erhalten, wenn der Haufen von Interpretationen, Spekulationen und "Versuchsballoons" beseitigt ist und die Texte der offiziellen Vorschläge schwarz auf weiß vorliegen.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Drees

Von unserem Holland-Berichterstatler

bg. - Was schon lange unter der Decke schwelte, ist jetzt beinahe über Nacht Wirklichkeit geworden: Nach über zehnjähriger Regierungszeit hat Ministerpräsident W. Drees Königin Juliana den Rücktritt der vier sozialistischen Minister im vierten Kabinett Drees angeboten. Als Ministerpräsident Drees das Parlamentsgebäude in den Haag verließ, wurde er von den zahlreichen Menschen, die sich dicht gedrängt im Hofraum des Parlaments versammelt hatten, mit demonstrativem Beifall begrüßt. Man spürte es deutlich in Holland, daß mit dem Abtritt dieses Mannes, der die Geschicke des Landes seit den bitteren Jahren nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 lenkte, eine große politische Unsicherheit sich breit macht. Denn darüber geben sich auch die politischen Gegner keiner Täuschung hin: es gibt zur Zeit keinen "Ersatz"-Ministerpräsidenten, der an Format diesen bewährten Staatsmann gleichkäme.

Anlaß zur Auslösung der Regierungskrise war für sämtliche anderen Parteien (außer der zwei kleinen Gruppen Kommunisten-"Titoisten" und "Stalinisten") die Forderung von Finanzminister Hofstra, gewisse befristete Steuererhöhungen für weitere zwei Jahre zu verlängern.

Interessant werden die Vorgänge aber erst durch den Hintergrund, vor dem sie sich abspielten. Zuvor war Hofstras Steuervorlage schon im Kabinett gewesen und hatte die ungeteilte Zustimmung aller Kabinettsmitglieder gefunden, auch die der KVP-Minister. Erst in der Kammer kam es dann zu den Auseinandersetzungen, die zum Sturz des Kabinetts führten.

Es war nicht das erste Mal, daß sich dergleichen abspielte. Ähnliches passierte bereits vor kurzen, als die Niederländische Zweite Kammer sich weigerte, den Vorstellungen von Minister Dr. Vondeling beim "Mißbrauch landwirtschaftlicher Grundstücke" zuzustimmen. Die ganze Regierung stand hinter diesem Gesetzentwurf des Landwirtschafts- und Justizministers. Er sollte verhindern, daß bei der Flurbereinigung mit Steuergeldern einmal zusammengelegte landwirtschaftliche Grundstücke nachträglich wieder aufgeteilt wurden. Trotzdem fiel das Gesetz in der Kammer durch.

Übrigens offenbarten sich die Gegensätze zwischen der Partei der Arbeit und den anderen Regierungsparteien schon im Jahre 1956, als es vier Monate dauerte, bis ein regierungsfähiges Kabinett zustande kam.

Eigentlich hat man von konfessioneller Parteiseite den Wahlsieg der PvdA nie ganz akzeptieren, geschweige denn hinnehmen wollen. Darüber hinaus wurmte die konfessionelle Seite die Art und Weise, wie es Minister Hofstra im letzten Jahre fertig brachte, binnen Jahresfrist die niederländische Zahlungsbilanz wieder in Ordnung zu bringen. Der Gulden zählt heute zu den härtesten Währungen der Welt.

Als es nun immer mehr offenbar wurde, daß zwischen Regierung und Parlament keine Zusammenarbeit mehr möglich war und den Kabinett sogar absichtlich Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden, genügte ein einziger Tropfen, um den randvollen Eimer zum Überlaufen zu bringen.

Die nichtsozialistischen Minister haben auf Vorschlag von Prof. Romme und des alt-liberalen Prof. Oud jetzt vor, ein Rumpf- oder Übergangskabinett zu bilden, in dem der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Struijken (KVP) den Vorsitz übernimmt und die übrigen Ministerposten auf die anderen nicht-sozialistischen Minister aufgeteilt werden. Der Ruf zur Regierungsbildung dürfte wohl an Prof. Romme (KVP) gehen.

Diese Lösung kann in der Tat nur als Übergang gedacht sein, denn die Spannungen zwischen den einzelnen Parteigruppen sind so groß, daß einer solchen Regierung keine großen Chancen gegeben werden. Es gilt als sicher, daß die sowieso bald fälligen Neuwahlen vorverlegt werden, weil man gegen die größte Partei der Niederlande nicht lange regieren können. Nachdem die große Koalition jetzt zerbrochen ist, stellt man im sozialistischen Lager Überlegungen an, wie man sich weiter zu verhalten hat. Evert Vermeer, der Vorsitzende der Partei der Arbeit, brachte bereits zum Ausdruck, daß nach dem Zusammenbruch der großen Koalition sich die PvdA an einer ähnlichen Regierung nur wieder beteiligen werde, wenn sie sich auf ein festes Regierungsprogramm stützen könne.

Für die Bundesrepublik kommt der Regierungswechsel in den Niederlanden zu diesem Zeitpunkt deshalb besonders ungünstig, weil die Wiederaufnahme der deutsch-niederländischen Wiedergutmachungs- und Grenzverhandlungen kurz bevorsteht. Mit einer labilen Regierung, die auf schwachen Füßen steht, läßt sich schlechter verhandeln als mit einer Regierung mit solider Mehrheit. Schon einmal, im Jahre 1956, standen die deutsch-niederländischen Besprechungen kurz vor dem Abschluß, als der beginnende Wahlkampf in Holland einen Strich durch die Rechnung machte. So kann von deutscher Seite der Austritt der sozialistischen Minister aus der niederländischen Regierung allgemein nur bedauert werden.

### Die Gehälter der Angestellten

ku. - Das gibt es heute in der Bundesrepublik: Ein kaufmännischer Angestellter mit Familie und Berufserfahrung verdient weniger als er ex. Fürsorgeunterstützung erhalten würde. Dabei hat dieser Angestellte durchaus eine Bezahlung, die sich auf einen gültigen Gehaltstarifvertrag gründet.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat dazu eine Beispielsrechnung aufgestellt. Demnach stehen dem auszahlenden Gehalt von 339,89 DM im Monat die Beträge aus der Fürsorge in Höhe von 350 DM im Monat gegenüber. Dieser Angestellte hat sogar drei Jahre gelernt, seine Gehilfenprüfung mit Erfolg bestanden und steht im 15. Berufsjahr. Er ist zudem verheiratet und hat drei Kinder im Alter von 7 bis 13 Jahren. Das Beispielsgehalt gilt für die Schleswig-Holsteinische Landeshauptstadt Kiel.

Nach dem Tarifvertrag beträgt das Bruttogehalt 350 DM, zu dem für das dritte Kind als Kindergeld aufgrund des Kindergeldgesetzes (und beiläufig nicht im Tarifvertrag gesichert) noch einmal 30 DM kommen. An Sozialbeiträgen (Arbeitnehmeranteil) sind 40,11 DM abzuziehen, so daß für den Fünf-Personen-Haushalt mit drei bereits größeren Kindern sage und schreibe 339,89 DM übrig bleiben.

Nach den Bestimmungen über die Fürsorgegerichtsätze würde der gleiche Angestellte als Haushaltsvorstand 67 DM erhalten. Für seine Ehefrau kämen im Monat 57 DM hinzu und für jedes der drei Kinder weitere 52 DM. Hier jedenfalls werden die Bezüge den Ansprüchen der Kinder einigermaßen gerecht, was man nicht vom Kindergeldgesetz mit seinen 30 DM nur für das dritte Kind und noch weniger vom Gehaltstarifvertrag sagen kann. Als Mietbeihilfe kann der Angestellte dann noch einmal 70 DM beziehen, so daß er zusammen mit 350 DM bessergestellt ist als der "arbeitende Angestellte".

Dieses Beispiel beleuchtet schlagartig die materielle Abstufung

der Angestellten vor allem im Bereich des Einzelhandels aber auch der Warenhäuser in der Bundesrepublik. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen wird noch sehr viel zähen Fleiß aufwenden müssen, und der Solidarität der anderen Industriegewerkschaften bedürfen, um hier die Lohnverhältnisse in Ordnung zu bringen.

Vielleicht wird man sogar ein Bundesgesetz fordern müssen, dessen einziger Paragraph lautet: "Die Einkommen von Arbeitnehmern dürfen nicht unter den vergleichbaren Fürsorgegrundsätzen liegen". Jedenfalls bestand eine der ersten Kontrollratsbestimmungen der Besatzungsmächte darin, anzuerkennen, daß in der Bundesrepublik kein Stundenlohn gezahlt werden darf, der geringer als 50 Pfennige ist.

Man darf dabei jedoch nicht übersehen, daß es der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in den zehn Jahren ihres Bestehens gelungen ist, zu einer kraftvollen Angestelltenorganisation in DGB zu werden. Bei ihr sind heute 130 000 Angestellte organisiert und 58 Prozent sind davon Frauen.

Die Ziele der Gewerkschaft für die nächsten Jahre lassen sich in zwei Punkte zusammenfassen: 1. Die Gehälter der Angestellten im Handel müssen an die der vergleichbaren Berufe der Industrie angeglichen werden. Kaufmännische Angestellte dürfen nicht bis zu 40 Prozent weniger als ihre "industriellen" Kollegen erhalten. 2. Mit den Waren- und Kaufhäusern, die ja mit wesentlich geringeren Spannen rationaler wirtschaften (wie die Bilanzen ausweisen und die Aktienausschüttungen zeigen), sollten gute Sondertarifverträge abgeschlossen werden.

### Ungesühnte Verbrechen

sp - Die Fälle Eisele und Zind, denen die Flucht nach Ägypten gelang, beschäftigen in hohem Maße immer noch die internationale Öffentlichkeit. In beiden Fällen liegt ein schuldhaftes Versagen der deutschen bundesrepublikanischen Justiz vor, das durch keine Erklärungen amtlicher Stellen hinweggewischt werden kann. Man erinnere sich: Der Name Dr. Eiseles tauchte zum ersten Male in Zusammenhang mit dem Sommer-Prozeß auf, wo Zeugen bestätigten, Eisele habe lebensgefährliche und oft mit tödlichem Ausgang endende Experimente an Häftlingen vorgenommen. Aber schon vor dem Sommer-Prozeß waren schwere Anschuldigungen gegen dieses Scheusal in Menschengestalt, das sich heute der Gunst ägyptischer Behörden erfreut, bei der Münchener Staatsanwaltschaft eingelaufen. Sie ließ sie unbeachtet. Sie ließ sie unbeachtet mit dem Erfolg, daß Eisele in aller Seelenruhe und unbelästigt von deutschen Stellen seine Fluchtvorbereitungen treffen konnte. Heute lebt er mit seiner Familie in einer komfortablen Villa in einer Vorort Kairo. Bei Oberstudienrat Zind ist eine ähnliche Gleichgültigkeit deutscher Stellen zu verzeichnen. Auch er konnte, wohl rechtzeitig gewarnt, fliehen und sich so dem Zugriff der Gerechtigkeit entziehen.

Zur Zeit läuft vor dem Bonner Landgericht der Sommer- und Schubert-Prozeß. Ungeheuerliche Dinge kommen hier zum Vorschein. Was im Lager Sachsenhausen geschah, übersteigt alle menschlichen Vorstellungen. Hunderttausende Unschuldige ließen dort unter unsäglichen Qualen und Martern ihr Leben, gepeinigt von Menschen, die sich - auch das gibt es - heute noch ihrer Freiheit und eines bürgerlichen Lebens erfreuen.

Das Sachsenhausen-Komitee nannte kürzlich einige solche Namen. So hat der frühere Untersturmführer Dr. Schmitz aus Düsseldorf im Auftrag der IG-Farben Phlegmone-Versuche an gesunden Menschen gemacht. Auch der Lagerarzt, Dr. Heinz Baumkötter, machte im Jahre 1945 ähnliche Experimente an Menschen, die sich nicht wehren konnten, mit Bayer-Präparaten. Als "Nichtamnestierter" wurde er 1956 den Behörden der Bundesrepublik übergeben, jedoch freigelassen, und heute darf er im Elisabeth-Hospital in Iserlohn seine ärztliche Kunst wieder betätigen. Zu Baumkötter und zu den "Nichtamnestierten" gehörten der zweite Lagerführer August Böhm, jetzt wohnhaft in Düsseldorf, der Blockführer Saathoff, jetzt wohnhaft in Süddeutschland, der SS-Unterscharführer Heupel, jetzt wohnhaft in Düsseldorf, sowie Sorge und Schubert, derzeit Angeklagte im Bonner Landgericht.

Das Sachsenhausen-Komitee machte über die Untaten der Obengenannten sehr detaillierte Angaben; ob sie alle stimmen und in diesem Umfang auch zutreffen, wäre Sache der deutschen Justiz, dies zu erforschen. Es gibt doch ein von den Justizministern der Bundesländer vereinbarte Zentralstelle zur Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen. Sie hat in Ludwigsburg ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll alles erreichbare Material über KZ's und Kriegsverbrechen sammeln und die zuständigen Staatsanwaltschaften bei der Vorbereitung von Prozessen unterstützen.

Es ist nur zu hoffen, daß diese Zentralstelle sich in diesen genannten Fällen, die noch der Sühne harren, sofort einschaltet und den Betroffenen erst nicht Gelegenheit gibt, sich an den Ufern des Nil ein neues Domizil zu suchen. Als freie Menschen bleiben sie Träger der Schande, die sie über unser Volk gebracht haben. Fälle wie Zind und Dr. Eisele dürfen sich nicht mehr wiederholen, soll nicht die deutsche Justiz im In- und Ausland noch mehr Schaden nehmen als sie ihn schon ohnehin erlitten hat.